

Jeder achte Österreicher ist armutsgefährdet

Caritaspräsident Küberl: Spenden gehen zurück, Zahl der Hilfesuchenden nimmt zu

Rund 5,6 Prozent der österreichischen Bevölkerung leben in akuter Armut. Jeder Achte gilt als armutsgefährdet, was bedeutet, mit weniger als 893 Euro netto im Monat auskommen zu müssen. Diese Zahlen hat Caritaspräsident Franz Küberl zum Start der Caritas-Inlandshilfekampagne 2008 bei einer Pressekonferenz am Mittwoch in Wien in Erinnerung gerufen.

Die Frage, ob jemand "arm" ist, wird nach einem international verwendeten Schlüssen beantwortet. Als armutsgefährdet oder von Armutsrisiko betroffen werden jene Personen bezeichnet, deren Haushaltseinkommen unter einer Armutsgefährdungsschwelle von 60 Prozent des Medians liegt. Für 2006 liegt der Median des Äquivalenzeinkommens bei 17.852 Euro. Die Armutsgefährdungsschwelle betrug 2006 somit 10.711 Euro für einen Einpersonenhaushalt, das sind also die von Landau angesprochenen rund 900 Euro pro Monat.

Ein Maß für die Intensität der Armutsgefährdung ist laut [Statistik Austria](#) die "Armutsgefährdungslücke", die als Differenz zwischen dem Medianeinkommen der Armutsgefährdeten und der Armutsgefährdungsschwelle in Prozent dieser Schwelle ausgedrückt wird. Armutsgefährdete Haushalte haben ein um rund 15 Prozent geringeres mittleres Einkommen als der Schwellenwert.

Weniger spendefreudig

Die Spenden der Caritas sind heuer um bis zu zehn Prozent zurückgegangen. "Gleichzeitig nimmt die Zahl der Hilfesuchenden zu", zeigte sich Küberl besorgt. "Die Leute rennen uns die Türen ein. Der Ansturm, der üblicherweise vor Weihnachten einsetzt, hat in einigen Diözesen heuer schon bedeutend früher begonnen", sagte der Caritaspräsident. "Wir müssen weniger Geld für mehr Menschen aufteilen." Die Caritas könne nur Überbrückungshilfe leisten und nicht anstelle des Staates Existenzsicherung gewährleisten. "Wir müssen den Staat erinnern, was er zu tun hat", sagte Küberl.

Die finanziellen Sorgen der Menschen haben sich geändert. "War es früher der Schulschickens, sind es heute offene Mieten oder leere Kühlschränke", betonte Michael Landau, Caritasdirektor der Erzdiözese Wien. Er forderte ein drittes Konjunkturpaket für Sozialschwache. Eine bedarfsorientierte Existenzsicherung, Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz beim Wohnbau und ein Sozialtarif der Energieanbieter für einkommensarme Haushalte sollen Bestandteile eines solchen Konjunkturpaketes sein. Außerdem forderte Landau die Einführung der Spendenabsetzbarkeit. (APA/red)